

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205943]

**8. JUNI 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 69, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 25. Mai 2023;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretärs" durch die Wortfolge "Stellvertreters des Generalsekretärs oder eines Verwaltungsdirektors" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "stellvertretende Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung," durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation," ersetzt.

3. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz eingefügt:

"Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Referatsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von dem Fachbereichsleiter wahrgenommen, dem er zugewiesen ist."

**Art. 2** - In Artikel 4 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Dem Generalsekretär, den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären, den zuständigen Fachbereichsleitern und den in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung" durch die Wortfolge "Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern" ersetzt.

**Art. 3** - In Artikel 5 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Dem Generalsekretär, den zuständigen stellvertretenden Generalsekretären, den zuständigen Fachbereichsleitern und den in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung" durch die Wortfolge "Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern" ersetzt.

**Art. 4** - In Artikel 6 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Der Generalsekretär, die zuständigen stellvertretenden Generalsekretäre, die zuständigen Fachbereichsleiter und die in Artikel 38 aufgeführten zuständigen Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung" durch die Wortfolge "Der Generalsekretär, die Stellvertreter des Generalsekretärs, die Verwaltungsdirektoren, die Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die zuständigen Fachbereichsleiter und die zuständigen Referatsleiter" ersetzt.

**Art. 5** - In Kapitel 1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Mai 2022, wird folgender Artikel 6.1 eingefügt:

*"Art. 6.1 - Abwesenheit von Personalmitgliedern*

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, einschließlich der Genehmigung von Jahresurlauben, außergewöhnlichen Arbeitszeiten und Überstunden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut beziehungsweise auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitglieds haben."

**Art. 6** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 6.2 eingefügt:

*"Art. 6.2 - Auslandsaufenthalte*

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung."

**Art. 7** - In Artikel 8 desselben Erlasses wird die Wortfolge ", die Dienste mit getrennter Geschäftsführung inbegriffen" eingefügt.

**Art. 8** - Artikel 9 § 1 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. in Abweichung zu dem in Nummer 2 genannten Höchstbetrag für alle im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" vorgesehenen Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag, der dem in Artikel 11 Absatz 1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 18. April 2017 über die Vergabe öffentlicher Aufträge in den klassischen Bereichen erwähnten Betrag entspricht."

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" gestrichen.

**Art. 9** - Die Überschrift von Kapitel 3 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL 3 - VOLLMACHTEN DER STELLVERTRETER DES GENERALSEKRETÄRS UND DER VERWALTUNGSDIREKTOREN"

**Art. 10** - Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 31. Januar 2019 und 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretäre" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs und der Verwaltungsdirektoren" ersetzt.

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge "zuständigen stellvertretenden Generalsekretäre" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs und Verwaltungsdirektoren" ersetzt.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" gestrichen.

4. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels gelten nicht für die Stellvertreter des Generalsekretärs und Verwaltungsdirektoren, die einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung leiten."

**Art. 11** - Kapitel 3 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Erlasses, der die Artikel 11 und 12 umfasst, wird aufgehoben.

**Art. 12** - Artikel 13 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Personalentwicklung" durch die Wortfolge "Personal und Organisation" ersetzt.

2. Im einleitenden Satz von Absatz 1 wird die Wortfolge "zuständigen stellvertretenden Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung," durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation," ersetzt.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "stellvertretende Generalsekretär" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs" ersetzt.

4. In Absatz 3 wird die Wortfolge "stellvertretende Generalsekretär" durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs" ersetzt.

**Art. 13** - Artikel 14 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 14 - Zuständigkeitsbereich Qualitätsmanagement und Datensicherheit"

Dem Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Qualitätsmanagement und Datensicherheit, wird Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. die Ausübung der Zuständigkeiten des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);

2. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten gemäß Artikel 4 § 3 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten;

3. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors gemäß Artikel 15 des Dekrets vom 28. Juni 2021 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors;

4. den Empfang und die Entscheidung über die Zulässigkeit von Beschwerden und Hinweisen gemäß Kapitel II und III des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

**Art. 14** - In Artikel 16 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird die Wortfolge "sowie für Aufträge, die im Rahmen des Gesetzes vom 18. Juli 2018 über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einem Nebentätigkeitserwerber erteilt werden" gestrichen.

**Art. 15** - Kapitel 4 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Erlasses, der die Artikel 18 und 19 umfasst, wird aufgehoben.

**Art. 16** - Artikel 22 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird aufgehoben.

2. § 4 wird aufgehoben.

**Art. 17** - In Artikel 25 § 2 Nummer 6 desselben Erlasses wird das Wort "Pflegegeldes" durch das Wort "Pflegschaftsgeldes" ersetzt.

**Art. 18** - Artikel 26 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 21. Februar 2017 und 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. § 6 wird aufgehoben.

2. § § 9 und 10 werden aufgehoben.

**Art. 19** - Artikel 29 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. § § 2 bis 8 werden aufgehoben.

2. § 12 wird aufgehoben.

3. § 14 wird aufgehoben.

**Art. 20** - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. Dezember 2022, wird folgendes Kapitel 4.1, das die Artikel 37.1 bis 37.7 umfasst, eingefügt:

**"KAPITEL 4.1 - VOLLMACHTEN DER REFERATSLEITER DES MINISTERIUMS**

*Abschnitt 1 — Allgemeine Vollmachten*

*Art. 37.1 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis*

Wurden einem Fachbereich ein oder mehrere Referate zugeordnet, wird die in Artikel 15 aufgeführte allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis in dem betreffenden Referat in Abweichung des genannten Artikels wie folgt ausgeübt:

1. Der zuständige Referatsleiter wird als der für die Mittelbindung bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die seinem Referat zugeordnet sind.

2. Der zuständige Fachbereichsleiter wird als der für die Feststellung der Ausgaben bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die seinem Fachbereich zugeordnet sind.

*Art. 37.2 - Laufende Ausgaben in den Referaten*

Unbeschadet der Artikel 9 und 16 werden die zuständigen Referatsleiter als für die Mittelbindung und den Eingang der rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 24 § 2 und 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 10.000 EUR.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

*Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten*

*Art. 37.3 - Referat Familie*

§ 1 - Dem für das Referat Familie zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen, die in den Artikeln 62 § 3, 88 § 5 und 7, 115 § 2, 157 und 180 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen sind, zu befinden.

§ 2 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Verringerung der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, die in den Artikeln 84, 85 § 2 und 98 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen ist, zu befinden.

§ 3 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Gewährung eines zusätzlichen Zuschusses für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung oder mit einem besonderen Pflegebedarf, der in den Artikeln 73 § 2, 93 § 1 und 119 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 31 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen ist, zu befinden.

§ 4 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Höchstaltersgrenze der in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die in Artikel 178 § 3 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 8 § 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen ist, zu befinden.

§ 5 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Höchstanzahl der Betreuungstage in den Kinderhorten, die in Artikel 177 § 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen ist, zu befinden.

§ 6 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anerkennung der in den Artikeln 34 § 1, 38 und 53 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden.

*Art. 37.4 - Referat Gesundheit*

Dem für das Referat Gesundheit zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 19. Dezember 2019 zur übergangsweisen Regelung des Verfahrens zur Erlangung einer Vorabgenehmigung oder Zustimmung zwecks Kostenübernahme oder Kostenbeteiligung für eine Langzeitrehabilitation im Ausland über folgende Anträge zu befinden, mit Ausnahme der dort vorgesehenen Beschwerdemöglichkeiten, und zwar:

1. über Anträge auf Erhalt einer Vorabgenehmigung zwecks Kostenübernahme der Langzeitrehabilitation im Ausland;
2. über Anträge auf Verlängerung der gemäß Nummer 1 vorabgenehmigten Langzeitrehabilitation;
3. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer Langzeitrehabilitation im Ausland;
4. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer außergewöhnlichen Behandlung im Ausland;
5. über Anträge auf Erhalt einer Beteiligung an den Reisekosten.

*Art. 37.5 - Referat Kulturerbe*

§ 1 - Dem für das Referat Kulturerbe zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Vollständigkeit von Anträgen auf Denkmalgenehmigung zu befinden in Ausführung von Artikel 13 § 3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen.

§ 2 - Derselbe Referatsleiter wird ermächtigt, den für den Denkmalschutz zuständigen Minister anlässlich des in Artikel D.IV.31 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffens zu vertreten.

§ 3 - Derselbe Referatsleiter wird ermächtigt, zu dem in Artikel D.IV.31.1 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffen einzuladen und das Protokoll dieses Treffens anzufertigen.

*Art. 37.6 - Referat Senioren*

Dem für das Referat Senioren zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Anwendung von Artikel 24 des Dekretes vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege beantragte Ausnahmeerlaubnis zur Beanspruchung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren durch Personen mit Unterstützungsbedarf zu befinden.

*Art. 37.7 - Referat Sociales*

§ 1 - Dem für das Referat Sociales zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe des in Artikel 2.1 des Erlasses der Regierung vom 4. August 2005 über den Entschuldungsfonds erwähnten Darlehens.

§ 2 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Ausnahmegenehmigungen zur Änderung der Angaben zwecks Anerkennung der Sprachkurse, die in den Artikeln 5 § 6 Absatz 3, 13 § 6 Absatz 3 und 20 § 5 Absatz 5 des Erlasses der Regierung vom 4. Oktober 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vorgesehen sind, zu befinden."

**Art. 21.** Kapitel 5 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Erlasses, der die Artikel 41 und 42 umfasst, wird aufgehoben.

**Art. 22** - In Artikel 44 Absatz 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge "stellvertretenden Generalsekretär, beauftragt mit der Personalentwicklung," durch die Wortfolge "Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation," ersetzt.

**Art. 23** - Artikel 44.2 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 27. Juni 2013, wird aufgehoben.

**Art. 24** - Kapitel 5.1 desselben Erlasses, der den Artikel 44.3 umfasst, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel 5.1 - Vollmachten der Fachbereichsleiter bestimmter Dienste mit getrennter Geschäftsführung

*Art. 44.3 - Gemeinschaftszentren - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis*

Unbeschadet der Artikel 7 und 39 werden die zuständigen Fachbereichsleiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Ausgabenhaushalts des Dienstes, die ihrem Fachbereich zugeordnet sind.

*Art. 44.4 - Gemeinschaftszentren - Laufende Ausgaben in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung*

Unbeschadet der Artikel 9 § 1 und 40 werden die zuständigen Fachbereichsleiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt des Dienstes vorgesehenen Ausgaben bis zum Höchstbetrag von 30.000 EUR.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen."

**Art. 25** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

**Art. 26** - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 8. Juni 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien  
I. WEYKMANS

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/205943]

**8 JUIN 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 69, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 25 mai 2023;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** À l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, dernièrement modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général ou au directeur d'administration »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au chef de département sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par un agent désigné par le suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au chef d'unité sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le chef de département auquel il est affecté. »

**Art. 2.** Dans l'article 4 du même arrêté, les mots « aux secrétaires généraux suppléants compétents, aux chefs de département compétents et aux directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, » sont remplacés par les mots « aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents ».

**Art. 3.** Dans l'article 5 du même arrêté, les mots « aux secrétaires généraux suppléants compétents, aux chefs de département compétents et aux directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, » sont remplacés par les mots « aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents ».

**Art. 4.** Dans l'article 6 du même arrêté, les mots « les secrétaires généraux suppléants compétents, les chefs de département compétents et les directeurs des services à gestion séparée compétents, mentionnés à l'article 38, » sont remplacés par les mots « les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration, les directeurs des services à gestion séparée, les chefs de département compétents et les chefs d'unité compétents ».

**Art. 5.** Dans le chapitre 1<sup>er</sup> du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 19 mai 2022, il est inséré un article 6.1 rédigé comme suit :

« Art. 6.1. Absence de membres du personnel.

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour statuer, vis-à-vis des membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats, sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné, y compris l'approbation de congés annuels, de temps de travail exceptionnels et d'heures supplémentaires. »

**Art. 6.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 6.2 rédigé comme suit :

« Art. 6.2. Séjours à l'étranger.

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour statuer, vis-à-vis des membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats, sur l'approbation des séjours à l'étranger avec nuitées. »

**Art. 7.** L'article 8 du même arrêté est complété par les mots « , y compris les services à gestion séparée ».

**Art. 8.** À l'article 9, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté, dernièrement modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° par dérogation au montant maximum mentionné au 2° pour toutes les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée "Centres communautaires", jusqu'à un montant maximum correspondant au montant mentionné à l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, de l'arrêté royal du 18 avril 2017 relatif à la passation des marchés publics dans les secteurs classiques. »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale » sont abrogés.

**Art. 9.** L'intitulé du chapitre 3 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« CHAPITRE 3 - Délégations données aux suppléants du secrétaire général et aux directeurs d'administration ».

**Art. 10.** À l'article 10 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 31 janvier 2019 et 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots « secrétaires généraux suppléants » sont remplacés par les mots « suppléants du secrétaire général et des directeurs d'administration »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « secrétaires généraux suppléants compétents » sont remplacés par les mots « suppléants du secrétaire général et les directeurs d'administration »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale » sont abrogés;

4° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux suppléants du secrétaire général et aux directeurs d'administration qui dirigent un service à gestion séparée. »

**Art. 11.** Dans le chapitre 3, section 1<sup>re</sup> du même arrêté, la sous-section 2, comportant les articles 11 et 12, est abrogée.

**Art. 12.** À l'article 13 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est remplacé par les mots « Personnel et organisation. »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « secrétaire général suppléant compétent, chargé du développement du personnel, » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation, »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général »;

4° dans l'alinéa 3, les mots « secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général ».

**Art. 13.** L'article 14 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 14. *Gestion de la qualité et sécurité des données.*

Délégation est donnée au suppléant du secrétaire général, compétent en matière de gestion de la qualité et de sécurité des données, en ce qui concerne les compétences suivantes du secrétaire général :

1° exercer les compétences du responsable du traitement conformément à l'article 4, 7°, du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

2° réceptionner les demandes de publicité de documents administratifs et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 4, § 3, du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs;

3° réceptionner les demandes relatives à la réutilisation d'informations du secteur public et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 15 du décret du 28 juin 2021 concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public;

4° réceptionner les réclamations et les signalements et statuer sur leur recevabilité, conformément aux chapitres II et III du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone. »

**Art. 14.** Dans l'article 16, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les mots « ainsi que pour les missions qui sont confiées à des prestataires de services occasionnels dans le cadre de la loi du 18 juillet 2018 relative à la relance économique et au renforcement de la cohésion sociale » sont abrogés.

**Art. 15.** Dans le chapitre 4, section 1<sup>re</sup>, du même arrêté, la sous-section 2, comportant les articles 18 et 19, est abrogée.

**Art. 16.** À l'article 22 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est abrogé;

2° le § 4 est abrogé.

**Art. 17.** Dans l'article 25, § 2, 6°, du même arrêté, les mots « l'allocation d'entretien » sont remplacés par les mots « l'allocation d'accueil ».

**Art. 18.** À l'article 26 du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 21 février 2017 et 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 6 est abrogé;

2° les § § 9 et 10 sont abrogés.

**Art. 19.** À l'article 29 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° les § § 2 à 8 sont abrogés;

2° le § 12 est abrogé;

3° le § 14 est abrogé.

**Art. 20.** Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 décembre 2022, il est inséré un chapitre 4.1, comportant les articles 37.1 à 37.7, rédigé comme suit :

« CHAPITRE 4.1 - Délégations données aux chefs d'unité du Ministère

*Section 1<sup>re</sup>. — Délégations générales*

*Art. 37.1. Délégation de la compétence générale d'ordonnancement.*

Si une ou plusieurs unités sont affectées à un département, la délégation de la compétence générale d'ordonnancement visée à l'article 15 est exercée comme suit au sein de l'unité concernée, par dérogation à l'article mentionné :

1° en ce qui concerne les engagements budgétaires, le chef d'unité compétent est désigné comme l'ordonnateur délégué pour les allocations de base du budget affectées à son unité;

2° en ce qui concerne la liquidation des dépenses, le chef de département compétent est désigné comme l'ordonnateur délégué pour les allocations de base du budget affectées à son département.

*Art. 37.2. Dépenses courantes dans les unités.*

Sans préjudice des articles 9 et 16, les chefs d'unité compétents sont, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques conformément à l'article 24, § 2 et 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 et ne dépassant pas 10 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

## Section 2. — Délégations spéciales

*Art. 37.3. Unité Famille.*

§ 1<sup>er</sup> - En ce qui concerne l'unité Famille, délégation est donnée au chef d'unité compétent pour statuer sur les dérogations de diplôme prévues aux articles 62, § 3, 88, § 5 et 7, 115, § 2, 157 et 180, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur la réduction de la participation aux frais des personnes chargées de l'éducation prévue aux articles 84, 85, § 2, et 98 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur l'octroi d'un subside supplémentaire pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers tel que prévu aux articles 73, § 2, 93, § 1<sup>er</sup>, et 119 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 31 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur une dérogation à la limite d'âge pour les personnes actives dans l'accueil d'enfants telle que prévue à l'article 178, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 8, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur une dérogation au nombre maximal de jours de garde dans les haltes-garderies telle que prévue à l'article 177, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur l'agrément des accueillants autonomes mentionnés aux articles 34, § 1<sup>er</sup>, 38 et 53, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

*Art. 37.4. Unité Santé.*

En ce qui concerne l'unité Santé, délégation est donnée au chef d'unité compétent pour statuer, dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019 réglant de manière transitoire la procédure à suivre pour obtenir une autorisation préalable ou un accord aux fins de prise en charge des frais ou de participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger, sur les demandes suivantes, à l'exception des possibilités de recours prévues dans cet arrêté, à savoir :

1° sur les demandes d'obtention d'une autorisation préalable aux fins d'une prise en charge des frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

2° sur les demandes de prolongation de la revalidation *long term care* préalablement autorisée conformément au 1°;

3° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

4° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour des soins exceptionnels à l'étranger;

5° sur les demandes d'obtention d'une participation aux frais de déplacement.

*Art. 37.5. Unité Patrimoine culturel.*

§ 1<sup>er</sup> - En ce qui concerne l'unité Patrimoine culturel, délégation est donnée au chef d'unité compétent pour statuer sur la complétude des demandes de permis de patrimoine en exécution de l'article 13, § 3, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles.

§ 2 - Le même chef d'unité est habilité à représenter le ministre compétent en matière de Protection des monuments lors de la réunion de projet mentionnée à l'article D.IV.31 du Code du développement territorial.

§ 3 - Le même chef d'unité est habilité à émettre les invitations à la réunion de projet mentionnée à l'article D.IV.31.1 du Code du développement territorial et à rédiger le procès-verbal de ladite réunion.

*Art. 37.6. Unité Personnes âgées.*

En ce qui concerne l'unité Personnes âgées, délégation est donnée au chef d'unité compétent pour statuer sur une demande exceptionnelle introduite par des personnes dépendantes souhaitant avoir recours à un centre de repos et de soins pour personnes âgées, en application de l'article 24 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs.

*Art. 37.7. Unité Affaires sociales.*

§ 1<sup>er</sup> - En ce qui concerne l'unité Affaires sociales, délégation est donnée au chef d'unité compétent pour statuer sur l'octroi du prêt mentionné à l'article 2.1 de l'arrêté du Gouvernement du 4 août 2005 relatif au Fonds pour l'apurement de dettes.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur les dérogations à la modification des informations relatives à l'agrément des cours de langue prévues aux articles 5, § 6, alinéa 3, 13, § 6, alinéa 3, et 20, § 5, alinéa 5, de l'arrêté du Gouvernement du 4 octobre 2018 portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité. »

**Art. 21.** Dans le chapitre 5, section 2, du même arrêté, la sous-section 2, comportant les articles 41 et 42, est abrogée.

**Art. 22.** Dans l'article 44, alinéa 2, du même arrêté, les mots « secrétaire général suppléant chargé du développement du personnel » sont remplacés par les mots « suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation ».

**Art. 23.** Dans l'article 44.2 du même arrêté, l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013, est abrogé.

**Art. 24.** Le chapitre 5.1 du même arrêté, comportant l'article 44.3, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 31 janvier 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre 5.1 - Délégations données aux chefs de département de certains services à gestion séparée

*Art. 44.3. Centres communautaires - Délégation de la compétence générale d'ordonnement.*

Sans préjudice des articles 7 et 39, et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département compétents du service à gestion séparée "Centres communautaires" sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les allocations de base du budget des dépenses du service affectées à leur département.

*Art. 44.4. Centres communautaires - Dépenses courantes dans les services à gestion séparée.*

Sans préjudice des articles 9, § 1<sup>er</sup>, et 40, et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département compétents du service à gestion séparée "Centres communautaires" sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses du service et ne dépassant pas 30 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics. »

**Art. 25.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2023.

**Art. 26.** Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.  
Eupen, le 8 juin 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias,  
I. WEYKMANS

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,  
L. KLINKENBERG

—————  
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/205943]

**8 JUNI 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 69, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 25 mei 2023;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** In artikel 2 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "plaatsvervangend secretaris-generaal" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal of een bestuursdirecteur";

2° in het derde lid worden de woorden "plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelontwikkeling" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal bevoegd voor personeel en organisatie";

3° na het derde lid wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van het hoofd van een administratieve eenheid bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door het departementshoofd aan wie het is toegewezen."

**Art. 2.** In artikel 4 van hetzelfde besluit worden de woorden "De secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer" vervangen door de woorden "De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde eenheidshoofden".



**Art. 3.** In artikel 5 van hetzelfde besluit worden de woorden "De secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer" vervangen door de woorden "De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde eenheidshoofden".

**Art. 4.** In artikel 6 van hetzelfde besluit worden de woorden "de secretaris-generaal, de bevoegde plaatsvervangende secretarissen-generaal, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde, in artikel 38 vermelde directeurs van de diensten met afzonderlijk beheer" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde eenheidshoofden".

**Art. 5.** Hoofdstuk 1 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 mei 2022, wordt aangevuld met een artikel 6.1, luidende:

*"Art. 6.1 - Afwezigheid van personeelsleden*

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde eenheidshoofden worden gemachtigd om, ten aanzien van medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren, te beslissen over alle soorten van afwezigheden die geen invloed hebben op de bezoldigingsregeling, het administratief statuut of de arbeidsverhouding van het betrokken personeelslid, met inbegrip van de toekenning van jaarlijkse vakantiedagen, buitengewone arbeidstijden en overuren."

**Art. 6.** Hetzelfde hoofdstuk wordt aangevuld met een artikel 6.2, luidende:

*"Art. 6.2 - Verblijven in het buitenland*

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde eenheidshoofden worden gemachtigd om, ten aanzien van medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren, te beslissen over de goedkeuring van verblijven met overnachting in het buitenland."

**Art. 7.** Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", met inbegrip van de diensten met afzonderlijk beheer".

**Art. 8.** In artikel 9, § 1, van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de punt op het einde van de bepaling onder 3° vervangen door een komma-punt en voorts wordt het eerste lid aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° in afwijking van het maximumbedrag vermeld in 2°, voor alle uitgaven bepaald in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer Gemeenschapscentra tot een maximumbedrag dat overeenstemt met het bedrag vermeld in artikel 11, eerste lid, 2°, van het koninklijk besluit van 18 april 2017 plaatsing overheidsopdrachten in de klassieke sectoren.;

2° in het tweede lid worden de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht" opgeheven.

**Art. 9.** Het opschrift van hoofdstuk 3 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK 3 - Bevoegdheden gedelegeerd aan de plaatsvervangers van de secretaris-generaal en aan de bestuursdirecteurs"

**Art. 10.** In artikel 10 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 31 januari 2019 en 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "plaatsvervangende secretarissen-generaal" vervangen door de woorden "plaatsvervangers van de secretaris-generaal en de bestuursdirecteurs";

2° in het eerste lid worden de woorden "plaatsvervangende secretarissen-generaal" vervangen door de woorden "plaatsvervangers van de secretaris-generaal en bestuursdirecteurs";

3° in het tweede lid worden de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht" opgeheven;

4° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"De bepalingen van dit artikel gelden niet voor de plaatsvervangers van de secretaris-generaal en bestuursdirecteurs die een dienst met afzonderlijk beheer leiden."

**Art. 11.** Hoofdstuk 3, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde besluit, dat de artikelen 11 en 12 bevat, wordt opgeheven.

**Art. 12.** In artikel 13 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het opschrift wordt vervangen als volgt: "Personeel en organisatie";

2° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "bevoegde plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelontwikkeling" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal bevoegd voor personeel en organisatie";

3° in het tweede lid worden de woorden "plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal";

4° in het derde lid worden de woorden "plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal".

**Art. 13.** Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

*"Art. 14 - Bevoegdheid inzake kwaliteitsmanagement en gegevensbeveiliging*

De plaatsvervanger van de secretaris-generaal bevoegd voor kwaliteitsmanagement en gegevensbeveiliging wordt gemachtigd om de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal uit te oefenen:

1° de uitoefening van de bevoegdheden van de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en van de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van de Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

2° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de aanvragen om openbaarheid van bestuursdocumenten overeenkomstig artikel 4, § 3, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten;

3° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de verzoeken om hergebruik van overheidsinformatie overeenkomstig artikel 15 van het decreet van 28 juni 2021 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie;

4° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de ontvankelijkheid van klachten en meldingen overeenkomstig hoofdstuk 2 en hoofdstuk 3 van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap."

**Art. 14.** In artikel 16, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 december 2019, worden de woorden ", alsook voor opdrachten die in het kader van de wet van 18 juli 2018 betreffende de economische relance en de versterking van de sociale cohesie toegekend worden aan een persoon die occasionele diensten verricht" opgeheven.

**Art. 15.** Hoofdstuk 4, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde besluit, dat de artikelen 18 en 19 bevat, wordt opgeheven.

**Art. 16.** In artikel 22 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt opgeheven;

2° paragraaf 4 wordt opgeheven.

**Art. 17.** In artikel 25, § 2, 6°, van hetzelfde besluit worden de woorden "het pleeggeld" vervangen door de woorden "de pleezorgvergoeding".

**Art. 18.** In artikel 26 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 21 februari 2017 en 19 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 6 wordt opgeheven;

2° de paragrafen 9 en 10 worden opgeheven.

**Art. 19.** In artikel 29 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de paragrafen 2 tot 8 worden opgeheven;

2° paragraaf 12 wordt opgeheven;

3° paragraaf 14 wordt opgeheven.

**Art. 20.** In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 22 december 2022, wordt een hoofdstuk 4.1 ingevoegd, dat de artikelen 37.1 tot 37.7 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK 4.1 - Bevoegdheden gedelegeerd aan de eenheidshoofden van het ministerie

*Afdeling 1. — Algemene delegaties*

*Art. 37.1 - Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid*

Als een departement bestaat uit een of meer administratieve eenheden, wordt de in artikel 15 vermelde algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid in de betrokken administratieve eenheid, in afwijking van het vermelde artikel, als volgt uitgeoefend:

1° het bevoegde eenheidshoofd wordt aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de vastleggingen met betrekking tot de basisallocaties die aan zijn administratieve eenheid zijn toegekend;

2° het bevoegde departementshoofd wordt aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de betaalbaarstelling van de uitgaven met betrekking tot de basisallocaties die aan zijn departement zijn toegekend.

*Art. 37.2 - Lopende uitgaven in de administratieve eenheden*

Onverminderd de artikelen 9 en 16 worden de bevoegde eenheidshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de juridische verbintenissen overeenkomstig artikel 24, § 2 en 3, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven van de basisallocaties 12 en 74 tot 10.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

*Afdeling 2. — Bijzondere delegaties*

*Art. 37.3 - Administratieve eenheid Gezin*

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Gezin wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 62, § 3, artikel 88, § 5 en 7, artikel 115, § 2, artikel 157 en artikel 180, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vermindering van de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding bepaald in artikel 84, artikel 85, § 2, en artikel 98 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 3 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van een aanvullende subsidie voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften bepaald in artikel 73, § 2, artikel 93, § 1 en artikel 119 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 31 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 4 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van de bovenste levensgrens voor de in de kinderopvang werkzame personen bepaald in artikel 178, § 3, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 8, § 2, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 5 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van het maximale aantal opvangdagen in de initiatieven voor occasionele kinderopvang bepaald in artikel 177, § 2, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 6 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning als zelfstandige onthaalouder bedoeld in artikel 34, § 1, artikel 38 en artikel 53, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

*Art. 37.4 - Administratieve eenheid Gezondheid*

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Gezondheid wordt gemachtigd om te beslissen over de volgende aanvragen in het kader van het besluit van de Regering van 19 december 2019 tot invoering van een overgangsregeling voor de procedure om een voorafgaande toestemming voor een kostenovername of een instemming met een tegemoetkoming in de kosten te verkrijgen in het kader van een longtermcare-revalidatie in het buitenland, met uitzondering van de daarin bepaalde mogelijkheden om een klacht in te dienen of beroep in te stellen:

1° over aanvragen ter verkrijging van een voorafgaande toestemming voor de overname van de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

2° over aanvragen tot verlenging van de longtermcare-revalidatie waarvoor een voorafgaande toestemming is gegeven overeenkomstig de bepaling onder 1°;

3° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

4° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een buitengewone behandeling in het buitenland;

5° over aanvragen ter verkrijging van een tegemoetkoming in de reiskosten.

*Art. 37.5 - Administratieve eenheid Cultureel erfgoed*

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Cultureel erfgoed wordt gemachtigd om te beslissen over de volledigheid van aanvragen van een erfgoedvergunning ter uitvoering van artikel 13, § 3, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om de minister bevoegd voor Monumentenzorg te vertegenwoordigen op de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling.

§ 3 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om de uitnodigingen voor de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31.1 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling op te maken en om de notulen van de projectvergadering op te stellen.

*Art. 37.6 - Administratieve eenheid Ouderen*

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Ouderen wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen die met toepassing van artikel 24 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg worden ingediend om personen met ondersteuningsbehoefte bij wijze van uitzondering toestemming te geven om gebruik te maken van een woonzorgcentrum voor ouderen.

*Art. 37.7 - Administratieve eenheid Sociale aangelegenheden*

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Sociale aangelegenheden wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de lening vermeld in artikel 2.1 van het besluit van de Regering van 4 augustus 2005 betreffende het Fonds voor afbetaling van schulden.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over afwijkingen inzake wijziging van de gegevens voor de erkenning van de taalcursussen bepaald in artikel 5, § 6, derde lid, artikel 13, § 6, derde lid, en artikel 20, § 5, vijfde lid, van het besluit van de Regering van 4 oktober 2018 tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit."

**Art. 21.** Hoofdstuk 5, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde besluit, dat de artikelen 41 en 42 bevat, wordt opgeheven.

**Art. 22.** In artikel 44, tweede lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "plaatsvervangende secretaris-generaal belast met personeelsontwikkeling" vervangen door de woorden "plaatsvervanger van de secretaris-generaal bevoegd voor personeel en organisatie".

**Art. 23.** Artikel 44.2, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 27 juni 2013, wordt opgeheven.

**Art. 24.** Hoofdstuk 5.1 van hetzelfde besluit, dat artikel 44.3 bevat, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 31 januari 2019, wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk 5.1 - Bevoegdheden gedelegeerd aan de departementshoofden van bepaalde diensten met afzonderlijk beheer

*Art. 44.3 - Gemeenschapscentra - Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid*

Onverminderd de artikelen 7 en 39 worden de bevoegde departementshoofden van de dienst met afzonderlijk beheer Gemeenschapscentra aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de aan hun departement toegekende basisallocaties van de uitgavenbegroting van de dienst.

*Art. 44.4 - Gemeenschapscentra - Lopende uitgaven in de diensten met afzonderlijk beheer*

Onverminderd artikel 9, § 1, en artikel 40 worden de bevoegde departementshoofden van de dienst met afzonderlijk beheer Gemeenschapscentra aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, de juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitgaven tot 30.000 euro die in de uitgavenbegroting van de dienst zijn bepaald.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet."

**Art. 25.** Dit besluit treedt in werking op 1 juli 2023.

**Art. 26.** De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 8 juni 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205949]

### 8. JUNI 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 10. November 2021 zur Bestellung von Dopingkontrollbegleitern in Anwendung des Dekrets vom 22. Februar 2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport, Artikel 16 § 1 Absatz 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2022 zur Ausführung des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport, Artikel 23 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. November 2021 zur Bestellung von Dopingkontrollbegleitern in Anwendung des Dekrets vom 22. Februar 2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport;

In der Erwägung, dass gemäß Artikel 23 § 3 des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2022 zur Ausführung des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport das Bewerbungsverfahren am 8. Januar 2023 auf den Internetseiten der Nationalen Anti-Doping-Organisation der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Leitverbands des Ostbelgischen Sports veröffentlicht wurde;

In der Erwägung, dass Herr Joseph Ganser und Frau Loreena Theiss ihre Bewerbungen am 30. Januar 2023 eingereicht haben;

In der Erwägung, dass gemäß Artikel 23 § 2 desselben Erlasses am 16. und 20. März 2023 eine Ausbildung für die betreffenden Bewerber stattgefunden hat und am 20. März 2023 eine theoretische und praktische Prüfung durchgeführt wurde;

In der Erwägung, dass alle Bewerber die in Artikel 23 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses aufgeführten Voraussetzungen erfüllen und somit für eine Bestellung als Begleitpersonen für die Begleitung der Kontrollärzte und die Beaufsichtigung der Sportler bei Dopingkontrollverfahren gemäß Artikel 16 § 1 Absatz 4 des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport in Frage kommen;

Auf Vorschlag des für Sport zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - In der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 10. November 2021 zur Bestellung von Dopingkontrollbegleitern in Anwendung des Dekrets vom 22. Februar 2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport wird wie Wortfolge "Dekrets vom 22. Februar 2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport" durch die Wortfolge "Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport" ersetzt.

**Art. 2** - Artikel 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "für eine verlängerbare Dauer von zwei Jahren" durch die Wortfolge "ab dem 10. November 2021" ersetzt;

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Folgende Personen werden ab dem 15. Juni 2023 als Begleitperson für die Begleitung der Kontrollärzte und die Beaufsichtigung der Sportler bei Dopingkontrollverfahren bestellt:

1. Herr Joseph Ganser;

2. Frau Loreena Theiss."